



Policy Brief #2019/02

Martin Werding, Benjamin Läpple und Martina Lizarazo López

Wie variabel sind die demografische Alterung und ihre Folgen für die soziale Sicherung?

Geburten und Zuwanderung gelten als wesentliche Stellschrauben, um der demografischen Alterung und ihren Folgen entgegenzuwirken. Für Deutschland zeigt sich allerdings, dass selbst weniger realistische Steigerungen bei Geburten- und Zuwanderungszahlen die unmittelbar bevorstehenden Herausforderungen in der sozialen Sicherung kaum mehr beeinflussen können. Helfen kann aber eine Maßnahmenkombination mit unterschiedlichen Timing-Effekten.

In den letzten Jahren hat die demografische Alterung in Deutschland eine Pause eingelegt. Diese Entwicklung war allerdings seit langem in der Altersstruktur der Bevölkerung angelegt: Die relativ schwach besetzten Geburtsjahrgänge der Kriegs- und der frühen Nachkriegszeit erreichten das Rentenalter, während die Kinder der zahlreichen Babyboomer aktuell in den Arbeitsmarkt eintreten.

Gleichzeitig sind aber auch die zusammengefasste Geburtenziffer und die Zuwanderungszahlen über ihre langfristigen Durchschnittswerte gestiegen. Mit 1,57 Kindern je Frau und einer Netozuwanderung von 416 080 (im Jahr 2017) liegen sie höher als in vielen Bevölkerungsvorberechnungen bisher unterstellt wurde.

Hat sich durch diese jüngsten Entwicklungen die Perspektive geändert, dass Deutschland unmittelbar vor einer Phase akuter und beschleunigter demografischer Alterung steht?

Unsere Studie „Wie variabel ist der demografische Alterungsprozess?“ zeigt, dass dem nicht so ist, und sich Deutschland auf einen Alterungsprozess vorbereiten muss, der massiver ausfällt als in den meisten entwickelten Ländern. Mittels Langfrist-Simulationen analysiert die Studie, inwieweit sich die seit langem absehbare Bevölkerungsalterung überhaupt noch beeinflussen oder sogar aufhalten lässt. Im Mittelpunkt stehen dabei die demografischen Einflussfaktoren Geburten und Zuwanderung, weil sich beide Variablen prinzipiell als Stellschrauben zur Bewältigung der

demografischen Alterung anbieten und sich für ihre zukünftige Entwicklung durchaus Spielräume ergeben.

Die Probleme, die der demografische Wandel für das soziale Sicherungssystem erzeugt, resultieren nicht so sehr aus Veränderungen der absoluten Bevölkerungsgröße, sondern in erster Linie aus den damit einhergehenden Verschiebungen der Altersstruktur. Das soziale Sicherungssystem ist besonders Demografie-reagibel, weil es in erster Linie Leistungen an ältere Personen, teilweise auch an Kinder und Jugendliche gewährt. Diese Ausgaben werden zugleich aus Beiträgen und Steuern finanziert, die größtenteils Personen im Erwerbsalter erbringen.

Wenn die Umlagefinanzierung und die Tragfähigkeit der Sozialfinanzen im Zuge der demografischen Alterung in Schieflage geraten, stellt sich vor allem auch die Frage nach Verteilungseffekten und hierbei insbesondere nach der intergenerationellen Lastenverteilung. Deshalb geht die Studie außerdem der Frage nach, welche Folgen sich für die Finanzierung der sozialen Sicherung ergeben und welche Verteilungseffekte sich zwischen verschiedenen Generationen abzeichnen.

Abschließend werden verschiedene Stellschrauben, die für eine Bewältigung der demografischen Alterung als besonders wichtig erscheinen, miteinander kombiniert und deren Effekte für die Sozialfinanzen getestet. Dieser Policy Brief stellt die Kernergebnisse vor.

cherungssystem werden mithilfe des *Social Insurance Model*, Version 2016 (SIM. 16) durchgeführt. Auf Basis verschiedener Annahmen werden dabei die Effekte des demografischen Wandels für die Finanzen der besonders Demografie-reagiblen Teilsysteme Alterssicherung, Gesundheit und Pflege, Arbeitsmarkt und Grundsicherung sowie Bildung und Familie berechnet. Im Hintergrund stehen jeweils auch Szenarien zur Entwicklung von Arbeitskräften, Beschäftigung und gesamtwirtschaftlichem Wachstum (vgl. Werding, Läßle 2019, S. 17 ff.). Den Entwicklungen von Ausgaben und Beitragsätzen in den einzelnen Sicherungszweigen liegt der Rechtsstand vom 30. Juni 2018 zugrunde. Um aufzudecken, wie verlässlich die Perspektive einer alternierenden Bevölkerung in den nächsten 20 Jahren ist, und auch zu testen, welche Bandbreite möglicher Entwicklungen sich danach und auf Dauer ergibt, reicht der Betrachtungszeitraum bis 2080.

Lässt sich der starke Alterungsprozess bis 2035 noch aufhalten?

Um zu überprüfen, wie variabel der demografische Alterungsprozess in seiner akuten Phase überhaupt noch ist, werden verschiedene Demografie-Szenarien entworfen: Neben aus heutiger Sicht plausiblen Annahmen zur künftigen Entwicklung der zusammengefassten Geburtenziffer, der Nettozuwanderung und der Lebenserwartung fließen dabei auch extremere Annah-

TABELLE 1 Ausgewählte Demografie-Szenarien

		zusammengefasste Geburtenziffer	Nettozuwanderung p. a.	Lebenserwartung
plausible Annahmen	Referenzvariante	1,5	200.000	F: alle 10 Jahre + 1,4 Jahre M: alle 10 Jahre + 1,6 Jahre
	alte Bevölkerung	1,35	150.000	F: alle 10 Jahre + 1,8 Jahre M: alle 10 Jahre + 2,0 Jahre
	junge Bevölkerung	1,65	250.000	F: alle 10 Jahre + 1,0 Jahre M: alle 10 Jahre + 1,2 Jahre
extremere Varianten zu Geburten und Zuwanderung	hohe Fertilität und Immigration	kontinuierlicher Anstieg auf 2,0 bis 2040, danach konstant	350.000	Referenzvariante
	Immigrationswelle	Referenzvariante	zwischen 2020 und 2023 3,75 Mio. mehr als in der Referenzvariante	Referenzvariante
	stark erhöhte Fertilität	Anstieg auf 2,0 bis 2020, auf 2,2 bis 2040, danach konstant	Referenzvariante	Referenzvariante
	stark erhöhte Immigration	Referenzvariante	von 250.000 (2020) auf 1 Mio. (2040) und 1,2 Mio. (2060), danach konstant	Referenzvariante

| BertelsmannStiftung

men-Varianten zu Geburten und Zuwanderung in die Simulationen ein (vgl. Tabelle 1). Ausgangspunkt ist eine Referenzvariante, die sich an den Annahmen der 13. koordinier-

ten Bevölkerungsvorberechnung des Statistischen Bundesamtes (2015) und deren jüngster Zwischenaktualisierung orientiert (2017a).

Methode

Die Langfrist-Simulationen zur Bevölkerungsentwicklung und zu deren Folgen für das soziale Si-

Effekte realistischer Demografie-Szenarien

In den aus heutiger Sicht plausiblen Szenarien „Referenzvariante“, „junge Bevölkerung“ und „alte Bevölkerung“ zeigen sich jeweils sehr ähnliche Trends des Altenquotienten, der das zahlenmäßige Verhältnis der über 65-Jährigen zu 100 Personen zwischen 15 und 64 Jahren abbildet: Dieser steigt bis 2035 mit wachsendem Tempo an und stabilisiert sich dann zunächst. Ab 2045 erhöht er sich noch weiter, je nach Demografie-Szenario allerdings unterschiedlich stark (vgl. Abb.1). Während heute auf 100 Erwerbsfähige etwa 33 Personen über 65 Jahre kommen, werden es bis 2035 voraussichtlich etwa 50 Ältere sein.

Dass der Altenquotient auch dann nicht wieder zurückgeht, wenn die Babyboomer nach und nach sterben, liegt in erster Linie an dem schnellen, starken und dauerhaften Geburtenrückgang, der in Deutschland unmittelbar auf den Babyboom folgte: Mit einer zusammengefassten Geburtenziffer von im Mittel 1,4 ist seit den 1970er-Jahren jede neue Geburtskohorte um etwa ein Drittel kleiner als die vorangegangene Generation. Allein dadurch erhöht sich der Altenquotient auch künftig weiter. Hinzu kommen die Effekte der steigenden Lebenserwartung. Lediglich im Szenario einer jungen Bevölkerung, das von höheren Geburten- und Zuwanderungszahlen sowie von einem geringeren Anstieg der Lebenserwartung ausgeht, zeichnet sich ab Mitte der 2060er-Jahre ein Rückgang der demografischen Alterslast ab.

Effekte wenig(er) realistischer Szenarien zu Geburten und Zuwanderung

Wie sähe die demografische Entwicklung nun aber aus, wenn extremere und wenig(er) realistische Annahmen zu Geburten und Zuwanderung eintreten würden?

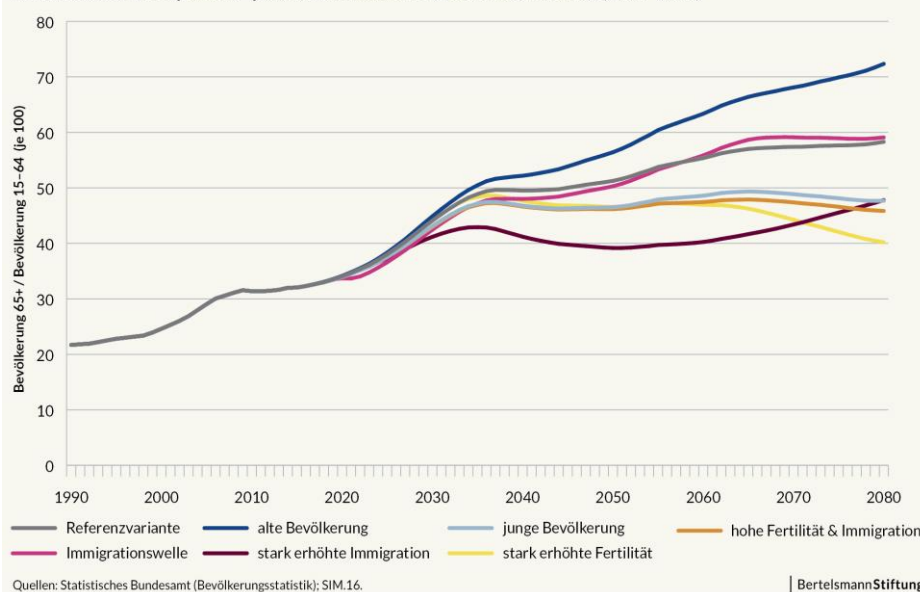
Selbst, wenn sich die durchschnittliche Kinderzahl je Frau bereits ab 2020 auf 2,0 erhöhen und anschließend bis 2040 weiter auf 2,2 Kinder steigen würde (Szenario „stark erhöhte Fertilität“), hätte dies auf die Bevölkerungsalterung bis 2035 keinen Einfluss (vgl. Abb. 1). Denn Geburten wirken auf den Altenquotienten erst dann positiv, wenn die zusätzlich geborenen Kinder auf breiter Basis das 15. Lebensjahr vollenden und zu der Gruppe der Erwerbsfähigen zählen. Bis dahin erhöhen sie die demografische Jugendlast, d.h. den Anteil der Bevölkerung, der ebenfalls von der aktiven Generation versorgt werden muss.

Nach 2035 wird der Alterungsprozess im Szenario „stark erhöhte Fertilität“ sichtbar stabilisiert und abgedämpft. Ein deutlicher und kontinuierlicher Rückgang der Alterslast ist aber auch bei dieser Variante erst ab etwa 2060 zu erwarten. Eine annähernd bestandserhaltende Geburtenziffer von 2,0 ist in Deutschland allerdings zuletzt 1970 realisiert worden, einen Wert von 2,2 erreicht derzeit innerhalb Europas nur Georgien (vgl. Eurostat 2018).

In den Szenarien mit stark steigenden Zuwanderungszahlen werden folgende Zusammenhänge deutlich: Je höher die Wanderungssalden ausfallen,

desto schneller wird der Anstieg des Altenquotienten gedämpft (vgl. v.a. das Szenario „stark erhöhte Immigration“). Wenn die Zuwanderungszahlen jedoch nicht dauerhaft hoch bleiben, lässt dieser dämpfende Effekt langfristig wieder nach. Anschließend verschärft sich der demografische Alterungsprozess sogar. Denn Zuwanderer

ABBILDUNG 1 Altenquotient – plausible Annahmen und extremere Varianten (1990–2080)



verlassen zum Teil das Land wieder oder altern mit der bereits ansässigen Wohnbevölkerung.

In der Variante „Immigrationswelle“ führen auf einen kurzen Zeitraum konzentrierte, sehr hohe Zuwanderungszahlen deshalb zwar dazu, dass sich der demografische Alterungsprozess sofort und bis in die zweite Hälfte der 2030er-Jahre verlangsamt. Danach verschwindet der Effekt aber wieder und ab 2055 steigt der Quotient auf noch höhere Werte als in der Referenzvariante.

No silver bullet, aber dämpfende Wirkung von Zuwanderung und Geburten

Den demografischen Alterungsprozess bis 2035 vollständig zu vermeiden, ist mit einer höheren Fertilität unmöglich. Durch Zuwanderung kann der Altenquotient bis 2035 zwar rein rechnerisch zunächst annähernd konstant gehalten werden. Dafür wäre aber eine utopisch hohe Nettozuwanderung nötig. Wenn sich die Zuwanderungszahlen anschließend wieder normalisieren würden, ergäbe sich ab 2040 ein enormer Alterungsprozess.

Zuwanderung kann also die demografische Alterung zwar schnell abmildern, bringt am Ende aber keine nachhaltige Lösung und verschiebt die mit der Bevölkerungsalterung verbundenen Herausforderungen u.U. nur in die Zukunft. Zudem ist bei den extremeren Annahmen ernsthaft zu hinterfragen, woher eine solche Anzahl an Migranten eigentlich kommen soll, wie gut sich diese mit ihren Qualifikationen in den Arbeits-

markt integrieren lassen und ob die Aufnahmegesellschaft solche Zuwanderungszahlen akzeptieren würde. Anhaltend höhere Geburtenzahlen wirken dagegen nur sehr langsam auf den Altenquotienten. Langfristig können sie aber eine Trendumkehr bewirken. Wenn es darum geht, die demografische Alterung und ihre Folgen zu beeinflussen, erscheinen daher langsame und moderate Anpassungen bei Zuwanderung und Fertilität eher hilfreich.

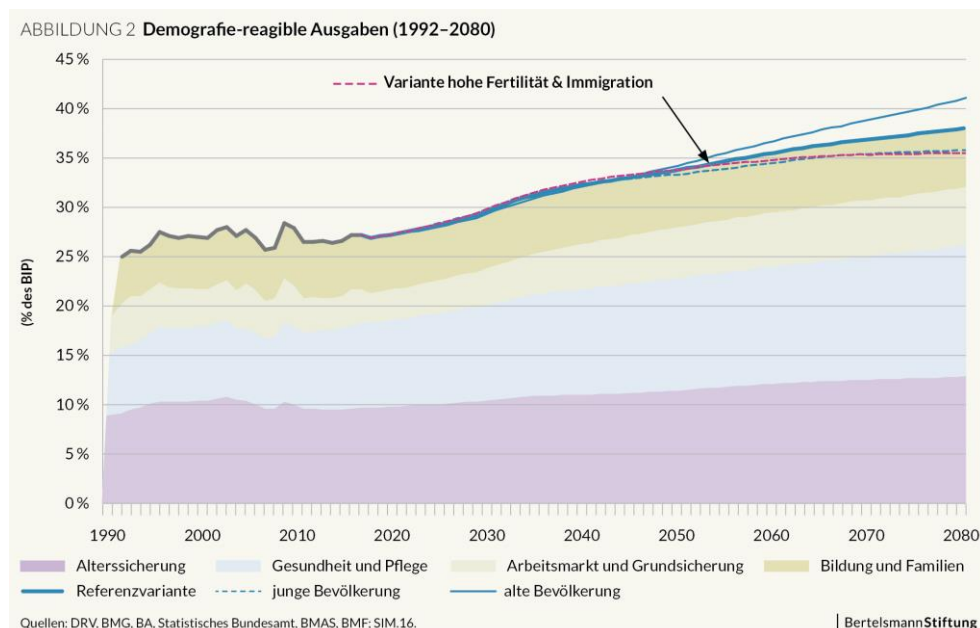
Wie variabel sind die Folgen für die sozialen Sicherungssysteme?

Simulationen zu Demografie-reagiblen öffentlichen Ausgaben und Beitragssätzen konzentrieren sich auf die drei aus heutiger Sicht plausiblen Demografie-Szenarien sowie auf die weniger realistische Variante „hohe Fertilität und Immigration“.

In allen vier Demografie-Szenarien steigen die Ausgaben der sozialen Sicherungssysteme bis 2045 von 27,2 Prozent des BIP (2017) auf etwa 33 Prozent an (vgl. Abb. 2). Inflationsbereinigt (in Preisen von 2017) ergibt sich damit ein Anstieg von knapp 890 Mrd. auf 1,62 Bio. Euro. Auch anschließend kommt es in keinem der Szenarien zu einer Entlastung.

Der Hauptgrund für die geringe Variabilität bis 2045 ist, dass bei einer günstigeren Geburtenentwicklung unmittelbar zusätzliche öffentliche

Ausgaben in den Zweigen „Bildung und Familie“ anfallen, während die entlastende Wirkung auf die Ausgaben für ältere Personen erst längerfristig zum Tragen kommt. Hinzu kommen in diesem Zeitraum unterschiedliche Effekte des je-



weils unterstellten Wanderungsgeschehens. Mehr Zuwanderung erhöht das BIP als Bezugsgröße der Quoten und dämpft deren Entwicklung, niedrigere Zuwanderung bewirkt das Gegenteil.

Auch die Summe der Beitragssätze von GRV, GKV, SPV und Arbeitslosenversicherung entwickelt sich in den drei aus heutiger Sicht realistischen Demografie-Szenarien bis 2045 sehr ähnlich. Sie steigen von 40,2 Prozent der beitragspflichtigen Einkommen im Jahr 2017 auf Werte zwischen 50,7 und 52,2 Prozent. Erst längerfristig unterscheiden sich die Entwicklungen stärker. Ein Rückgang der Beitragssätze zeichnet sich aber in keinem der Szenarien ab.

Letzteres gilt langfristig auch für die Variante „hohe Fertilität und Immigration“, die grundsätzlich jedoch etwas positivere Effekte für die Entwicklung der Beitragssätze hat. Steigende öffentliche Ausgaben für Bildung und Familien werden überwiegend aus Steuermitteln und damit außerhalb der Sozialversicherungen finanziert. An der fehlenden langfristigen Tragfähigkeit der Demografie-reagiblen öffentlichen Ausgaben und der gesamten öffentlichen Finanzen ändert aber auch dieses Szenario nichts.

gleichermaßen. Wie sich die Effekte auf verschiedene Generationen verteilen, wird hier anhand der durchschnittlichen Beitragssätze der Sozialversicherungen dargestellt, denen die verschiedenen Alterskohorten im Verlauf ihres Erwerbslebens unterliegen (vgl. Tabelle 2).

Für die Referenzvariante ergibt sich folgende Entwicklung: Vom Geburtsjahrgang 1940 bis zum Geburtsjahrgang 2010 steigt der durchschnittliche Sozialversicherungsbeitrag über die gesamte Dauer der jeweiligen Erwerbsphase von 34,2 Prozent auf 54,1 Prozent an.

Für einen im Jahr 2010 geborenen Durchschnittsverdiener bedeutet dies: Im Vergleich zu einem 1970 Geborenen mit identischem Lebensbruttoentgelt (1,368 Mio. Euro, in Realwerten und Preisen von 2017) und gleicher Dauer der aktiven Lebensphase muss er während seines Erwerbslebens allein wegen der demografischen Alterung insgesamt 171.000 Euro mehr Sozialbeiträge zahlen, um die gleichen Leistungen aus dem sozialen Sicherungssystem zu beziehen.

Die Ergebnisse der Alternativvarianten machen deutlich, wie wenig variabel der Belastungsanstieg für die jüngeren Generationen ist: In allen

TABELLE 2 Durchschnittliche Beitragssätze der Sozialversicherungen während der aktiven Lebensphase

Jahrgang	Referenzvariante (%)	alte Bevölkerung (%)	junge Bevölkerung (%)	hohe Fertilität & Immigration (%)	aktive Lebensphase
1940	34,2	34,2	34,2	34,2	1960–2005 (45 Jahre)
1950	37,4	37,4	37,4	37,4	1970–2015 (45,33 Jahre)
1960	39,5	39,5	39,5	39,5	1980–2026 (46,33 Jahre)
1970	41,6	41,7	41,6	41,5	1990–2037 (47 Jahre)
1980	44,1	44,2	44,0	43,7	2000–2047 (47 Jahre)
1990	47,1	47,6	46,6	46,3	2010–2057 (47 Jahre)
2000	50,7	51,8	49,7	49,2	2020–2067 (47 Jahre)
2010	54,1	56,0	52,4	51,7	2030–2077 (47 Jahre)

Anmerkungen: Alle Angaben zeigen durchschnittliche Gesamtsozialversicherungsbeiträge (Summe der Beitragssätze für GRV, GKV, soziale Pflegeversicherung und Arbeitslosenversicherung), gewichtet mit dem typischen Alterslohnprofil eines Durchschnittsverdieners, die sich jeweils über die aktive Lebensphase ergeben, die mit der Vollendung des 20. Lebensjahres beginnt und bis zur jeweils geltenden Regelaltersgrenze dauert.

Quellen: DRV, BMG, BA, SIM.16. | BertelsmannStiftung

Szenarien nehmen die Belastungssprünge ab dem Jahrgang 1990 deutlich zu, und sie sind für die beiden jüngsten hier betrachteten Geburtskohorte, deren Erwerbseintritt erst noch bevorsteht, am größten. Damit

wird deutlich, dass die Sozialversicherungen in ihrer jetzigen Form nicht tragfähig sind, sondern Lasten auf Jüngere übertragen bzw. einfach in die Zukunft verschieben.

Welche Verteilungseffekte ergeben sich zwischen Generationen?

Die langfristigen Verläufe der öffentlichen Ausgaben und der damit zusammenhängenden Sozialbeiträge betreffen nicht alle Altersjahrgänge

Maßnahmenkombination mit unterschiedlichen Timing-Effekten

Die Effekte höherer Zuwanderungs- und Geburtenzahlen in einigermaßen realistischem Umfang reichen alleine nicht aus, um die demografische Alterung und die mit ihr verbundenen Herausforderungen für die soziale Sicherung in ihrer akuten Phase aufzuhalten oder auch nur merklich abzumildern. Sind die projizierten Folgen der demografischen Alterung damit unausweichlich?

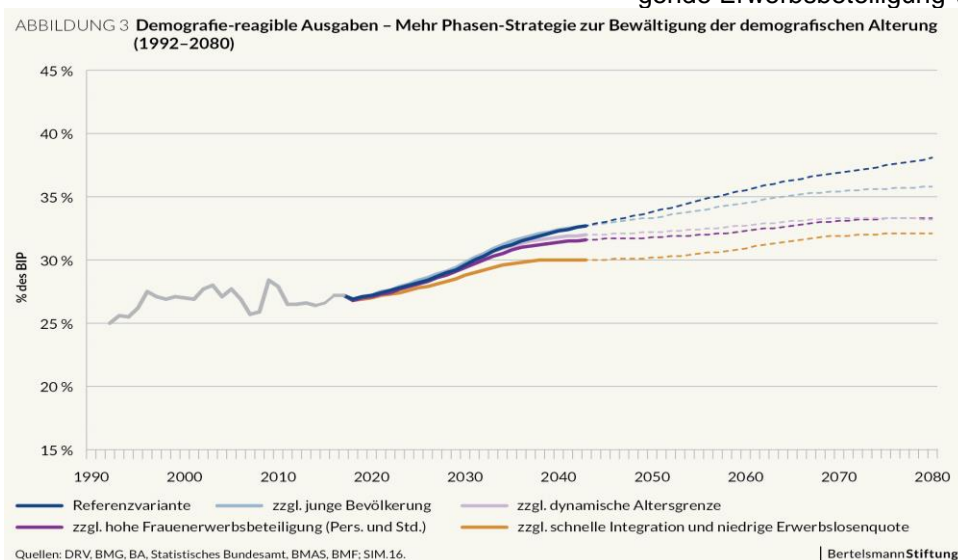
In den bisher betrachteten Simulationen wurden allein die demografischen Faktoren variiert, mit entsprechenden Folgen für die Anzahl an Arbeitskräften und das gesamtwirtschaftliche Wachstum. Weitere günstige Einflüsse können jedoch auch von Stellschrauben kommen, die bisher unberücksichtigt blieben. Dazu zählen v.a. eine Erhöhung der Erwerbsbeteiligung, der tatsächlichen Erwerbstätigkeit und des Arbeitsvolumens, insbesondere bei Migranten sowie Frauen. Dass auch hierbei einzelne Maßnahmen nicht ausreichen, um die Herausforderungen der demografischen Alterung zu bewältigen, sondern es der kumulierten Effekte mehrerer Stellschrauben mit günstigem Timing bedarf, zeigt folgende Kombination verschiedener Maßnahmen, die ihre Wirkungen in mehreren Phasen entfalten.

Folgende Annahmen, die an den demografischen Trends ansetzen, aber auch auf andere Weise zu mehr Beschäftigung und Einkommen führen können, werden hierzu miteinander kombiniert:

- Moderater Anstieg der Geburten und Zuwanderung (Szenario „**junge Bevölkerung**“).
- Höhere Erwerbsbeteiligung von Personen im fortgeschrittenen Alter durch eine **dynamische Altersgrenze**. Künftige Steigerungen der Lebenserwartung werden hierbei im Verhältnis zwei zu eins auf die Verlängerung der Lebensarbeitszeit und einen längeren Ruhestand aufgeteilt, die Regelaltersgrenze steigt dadurch bis 2060 auf 70 Jahre.
- Schnellere **Integration von Zuwanderern** in den Arbeitsmarkt durch eine unterstellte Angleichung der Erwerbsquoten an diejenigen der bereits ansässigen Bevölkerung innerhalb von sieben Jahren (doppelt so schnell wie in der Vergangenheit). Die dauerhafte Differenz der Erwerbslosenquote von Zugewanderten zu der Einheimischer wird halbiert.
- Anstieg der **Frauenerwerbsbeteiligung** bis 2030 auf 97 Prozent und bis 2060 auf 98,5 Prozent der Vergleichswerte für Männer. Das durchschnittliche Arbeitsvolumen steigt von derzeit 1.350 Stunden auf 1.500 Stunden im Jahr 2050.
- Langsamere Anstieg der **Erwerbslosenquote** (2030: 3,9 Prozent, 2045: 4,7 Prozent, statt 4,6 bzw. 7,1 Prozent in der Referenzvariante).

Höhere Zuwanderungszahlen sowie die steigende Erwerbsbeteiligung von Zuwanderern und

Frauen entfalten kurz- bis mittelfristig positive Effekte für die Sozialfinanzen, mehr Geburten und eine weitere Heraufsetzung der Regelaltersgrenze wirken hingegen langfristig. Dadurch begegnet die kombinierte Strategie der unmittelbar bevorstehenden Phase



akuter Alterung. Sie stellt gleichzeitig aber auch Weichen für eine längerfristig günstigere Entwicklung der Sozialfinanzen im weiteren Verlauf des Alterungsprozesses.

Im Vergleich zu den vier zuvor betrachteten Demografie-Szenarien steigen die Demografie-reaktiven öffentlichen Ausgaben nun bis 2045 auf 30 statt auf 33 Prozent des BIP an und bleiben auch anschließend auf einem niedrigeren Niveau (2060: -4,6 Prozentpunkte im Vergleich zur Referenzvariante, vgl. Abb. 3). Der Anstieg der Beitragssätze wird bis 2045 um 5 Prozentpunkte gedämpft und fällt auch langfristig deutlich niedriger aus (2060: -7,5 Prozentpunkte).

Den stärksten Effekt entwickeln bis 2045 die Annahmen eines verringerten Anstiegs der Erwerbslosenquote sowie einer schnelleren und besseren Integration von Zuwanderern in den Arbeitsmarkt. Von wesentlicher Bedeutung ist aber auch die Anhebung der Regelaltersgrenze.

In dem Maße, wie die Erwerbsbeteiligung hinsichtlich Personen- und Stundenzahl irgendwann nicht noch weiter gesteigert werden kann, wirken sowohl bei der Ausgabenquote als auch bei den Beitragssätzen wieder die rein demografischen Effekte. Das Verhältnis von Personen im Erwerbs- und im Nacherwerbsalter lässt sich nur durch (stark) steigende Geburtenzahlen nachhaltig verbessern. Auch die Effekte einer Verlängerung der Lebensarbeitszeit sind zum Teil temporärer Natur. Allerdings verbleibt ein dauerhaft günstiger Effekt aufgrund der veränderten Abgrenzung der Personenkreise, die aktiv sind oder v.a. Leistungen beziehen.

Änderungen des Erwerbsverhaltens haben daher zumindest teilweise den Charakter einer reinen Lastverschiebung, weil dadurch höhere Ansprüche erworben werden, die speziell in der GRV – wenn auch mit großer zeitlicher Verzögerung – die Ausgaben steigern. Kombiniert mit den längerfristig wirksamen Maßnahmen überwiegen auf Dauer jedoch bei weitem die günstigen Effekte für die Sozialfinanzen.

Fazit

Mittels der Maßnahmenkombination und unterschiedlicher Timing-Effekte können die Folgen der demografischen Alterung für die Sozialfinanzen stärker abgemildert werden, als es durch aus heutiger Sicht plausible Demografie-Szenarien oder selbst durch die weniger realistische Variante „hohe Fertilität und Immigration“ allein möglich wäre. Dass die Beitragssätze der Sozialversicherung bis 2045 trotzdem ansteigen, belegt die Trägheit und Stärke des demografischen Alterungsprozesses, der auf Deutschland zukommt. Bis 2045 reagiert dieser nur wenig darauf, ob die demografischen Trends der letzten 40 Jahre unverändert anhalten oder ob sie sich derzeit bzw. in naher Zukunft ändern. Erst langfristig werden die Perspektiven offener. Auch dann lassen sich unter einigermaßen realistischen Demografie-Annahmen die ungünstigen Entwicklungen jedoch nicht umkehren.

Eingebunden in eine Maßnahmenkombination können die demografischen Trends der letzten Jahre jedoch sehr wohl dazu dienen, die bevorstehende Phase akuter Alterung zu gestalten. Welche politischen Maßnahmen sind hierfür notwendig?

Ausreichend und qualitativ gute Betreuungsplätze können helfen, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern und dadurch sowohl die Frauenerwerbsbeteiligung als auch die Realisierung von Kinderwünschen fördern. Gleichzeitig sind allerdings auch Arbeitgeber gefragt, Rahmenbedingungen für eine bessere Zeitsouveränität zu schaffen. Dies ist letztlich nicht nur wichtig für Angestellte im Familiengründungsalter, sondern auch für solche mit Pflegeverpflichtungen.

Stärkere Aufmerksamkeit sollte darüber hinaus der besseren Integration von Zuwanderern in den Arbeitsmarkt gewidmet werden. Die Studienergebnisse zeigen, dass es hier noch viel Potential gibt, insbesondere, wenn auch die bereits zugewanderten Personen und die Angehörigen der zweiten Generation mit einbezogen werden, deren Beschäftigungssituation bisher hinter der Einheimischer zurückbleibt. Hier ist vor allem auch die Bildungspolitik gefordert.

Der weitere Anstieg der Lebenserwartung sollte von politischer Seite konkreter als bisher zum Anlass genommen werden, neu über die Regelaltersgrenze nachzudenken. Dabei müssen auch diejenigen abgesichert werden, für die eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit – v.a. wegen Erwerbsminderung – individuell nicht möglich ist.

Grundvoraussetzung dafür, dass alle diese Einzelelemente ihre volle Wirkung entfalten, ist eine dynamische Arbeitsmarktentwicklung. Denn von der Aufnahmefähigkeit des Arbeitsmarkts hängt sowohl die Attraktivität des Landes für Zuwanderer als auch die Erwerbsbeteiligung der bereits im Inland ansässigen Personen im Erwerbsalter und – in der Zukunft – auch der zusätzlich geborenen Kinder ab.

Ausführliche Studie

Werding, M. und B. Läpple (2019): *Wie variabel ist der demografische Alterungsprozess? Effekte von Geburten und Zuwanderung – Folgen für die soziale Sicherung*. Kurzstudie im Auftrag der Bertelsmann Stiftung, Gütersloh.

Literatur

Eurostat (2018): Datenbank: „Bevölkerung und soziale Bedingungen“ / „Demographie und Migration“ / „Fruchtbarkeit“ / „Gesamtfruchtbarkeitsrate“. Download via <https://ec.europa.eu/eurostat/de/data/database> (letzter Zugriff: 21.12.2018).

Statistisches Bundesamt (2015): Bevölkerung Deutschlands bis 2060: 13. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung. Statistisches Bundesamt: Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2017a): Bevölkerung Deutschlands bis 2060: 13. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung – Aktualisierte Rechnung auf Basis 2015. Statistisches Bundesamt: Wiesbaden.

V.i.S.d.P

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
D-33311 Gütersloh
www.bertelsmann-stiftung.de

Armando Garcia Schmidt
Telefon: +49 5241 81 81543
armando.garciaschmidt@bertelsmann-stiftung.de

Dr. Thieß Petersen
Telefon: +49 5241 81 81218
thiess.petersen@bertelsmann-stiftung.de

Eric Thode
Telefon: +49 5241 81 81581
eric.thode@bertelsmann-stiftung.de

Titelbild: © alphaspirt – stock.adobe.com

Autor | Kontakt

Prof. Dr. Martin Werding

Lehrstuhl für Sozialpolitik und öffentliche Finanzen
Ruhr Universität Bochum
martin.werding@ruhr-uni-bochum.de
Telefon: +49 234 32 28971

Benjamin Läpple

Sektion für Sozialpolitik und Sozialökonomie
Ruhr Universität Bochum
benjamin.Laepple@ruhr-uni-bochum.de
Telefon: +49 234 32 22 151

Dr. Martina Lizarazo López

Programm Megatrends
Bertelsmann Stiftung
martina.lizarazo.lopez@bertelsmann-stiftung.de
Telefon: +49 5241 81 81576

ISSN: 2191-2467